

# Paroli

Linke Blätter  
für Stadt,  
Landkreis und  
Universität

Ausgabe Nr. 19  
Dezember 2012

## Das Marburger Einnahmeproblem

Haushalt: Linke fordert höhere Gewerbesteuer für Wohnungsbau, Busverkehr und Bäder

Jedes Jahr verpasst Oberbürgermeister Egon Vaupel dem Haushalt ein wohlklingendes Motto. Der Haushalt 2013 trägt die Überschrift „Jahr der Bürgerinnen und Bürger“. Eine hübsche Bezeichnung, die allerdings der Realität nicht gerecht wird. Im Gegenteil, ausgerechnet den Bürgerinnen und Bürgern wird zukünftig noch tiefer in die Taschen gegriffen. Auf die Menschen kommen saftige Preiserhöhungen zu. Die Gebühren für das Schwimmbad, das Parken und die Friedhöfe werden deutlich teurer. Dabei hatte der Oberbürgermeister gebetsmühlenartig verlauten lassen, die Stadt Marburg habe kein Einnahmeproblem und damit der Forderung der Marburger Linken nach einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes eine Absage erteilt.

Die Marburger Linke lehnt den rot-grünen Haushalt ab. Dieser leistet weder einen substantiellen Beitrag zur Umverteilung von oben nach unten, noch zeigt er Wege auf, eins der drängendsten sozialen Probleme unserer Stadt, die Wohnungsfrage, zu lösen, noch ist eine grundlegende Wende in der Verkehrspolitik hin zu einem sozialökologischen Umbau sichtbar.

Alternativen zur einfallslosen Politik des Magistrats sind möglich. Durch die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 430 Punkte (Hanauer Niveau) und eine realistische Schätzung des Aufkommens würden die Einnahmen im Haushalt um 17,5 Mio. Euro steigen. Mit diesen Mitteln könnte eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau eingeleitet werden. Für drei Millionen Euro in diesem und je zwei Millionen in den Jahren 2014-2016 lassen sich über 1.000 Wohneinheiten realisieren. Im Ergebnis wäre der angespannte Wohnungsmarkt spür-



Foto: Nico Biver

▲ Lang ist es her, dass in der Marburger Innenstadt – wie hier auf dem Kämpfrasen – Sozialwohnungen gebaut wurden

bar entlastet. Zusätzlich sollen Kapazitäten in der Stadtverwaltung geschaffen werden, um eine kommunale Wohnungsberichterstattung, ein Wohnraumförderkonzept und eine Wohnungsvermittlungsstelle zu ermöglichen.

Wer eine sozialökologische Verkehrspolitik voranbringen möchte, muss den ÖPNV spürbar ausbauen. Die Marburger Linke fordert Schnellbuslinien für die Außenstadtteile und eine Verdichtung der Taktzeiten im Linienverkehr. Zusätzlich sollen Geschwindigkeitsmesser für den Innenstadtbereich angeschafft werden. Die Hallenbadzeiten in

Wehrda sollen für die Besucher/-innen verlängert und ein 50-Meter-Becken für die Stadt in Auftrag gegeben werden. Daneben fordert die Fraktion mehr Mittel für den Klimaschutz, für Kultur, mehr Planstellen in der Stadtverwaltung, eine Stelle für den Ausländerbeirat und Streetworker für den Richtsberg.

Die Zukunftsvorschläge der Marburger Linken sind realistisch und bezahlbar. Sie bleiben so lange Zukunftsmusik, wie die Großunternehmen und Reichen geschont werden. Bis dahin zahlen die Bürgerinnen und Bürger weiter die Zeche.

Jan Schalauske

## Steuerparadies Marburg

Marburg will Millionengewinne niedrig besteuern

„Bei unseren Investitionen möchten wir darauf vertrauen können, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Marburg ... bestehen bleiben und weiter verbessert werden können“, erklärte am 10. September Roland Martin, der Geschäftsführer der Marburger CSL Behring GmbH. Oberbürgermeister Egon Vaupel, der einen Monat zuvor dafür plädiert hatte, über eine Er-

höhung der Gewerbesteuer nachzudenken, scheint den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden zu haben.

Obwohl der Hessische Rechnungshof dem Magistrat vorgerechnet hat, dass die Stadt mit einem Hebesatz von 430 Punkten 12.870.869 Euro mehr hätte einnehmen können, verzichtet die Stadt zugunsten schwerreicher Aktionäre.

Fortsetzung S. 2

### Kommentar

## Woher nehmen?

Schwimmen ist Volkssport. Während manche Kinder sich in den Ferien an Stränden tummeln, sind andere in Marburg auf das Aquamar angewiesen. Deshalb wäre es unsozial gewesen, die Eintrittspreise für Kinder zwischen 25 und 100 Prozent zu erhöhen. Die Marburger Linke hat Alarm geschlagen und siehe da – der Magistrat ist zurück gerudert. Es bleibt für Kinder bei den bisherigen Preisen. Links wirkt!

In allen anderen Altersstufen setzt es allerdings drastische Erhöhungen. Und nicht nur beim Schwimmen, auch bei Strom, Bus und Bestattungen wird den Menschen dank SPD, Grünen und CDU kräftig in die Tasche gelangt.

„Marburg hat kein Einnahmeproblem“, verkündet Oberbürgermeister Vaupel kürzlich. Zuvor hatte er noch angedeutet, endlich die niedrige Gewerbesteuer zu erhöhen. Wurde er dann von Marburgs Vermögenden zurückgepfiffen? Manche, wie Pohl's DVAG, wissen gar nicht, wohin mit dem Geld. Man kann ja nicht ganz Marburg aufkaufen. Der leichtere Weg für den Magistrat scheint es zu sein, sich wieder einmal an die Normal- und Geringverdiener zu halten. Notwendige Investitionen zum Beispiel in den öffentlichen Nahverkehr können so nicht getätigt werden. Und ich nenne auch das 50m-Bad oder längere Öffnungszeiten im Hallenbad Wehrda.

Wer die wirklich Vermögenden nicht ordentlich besteuert, verzichtet auf eine ausreichende öffentliche Infrastruktur. SPD/Grüne kritisieren im Bund die Umverteilung nach oben, vor Ort aber rollen sie den Geldsäcken rote Teppiche aus. Henning Köster



Foto: Nico Biver

▲ Die Fraktion der Marburger Linken in der Stadtverordnetenversammlung: Fraktionsvorsitzender Henning Köster, Tanja Bauder-Wöhr, Jan Schalauske und Halise "Ruken" Adsan (v.l.n.r.)

## Bauen für wen?

Bauinvestoren drücken der Stadt ihren Stempel auf

Die Antwort war ernüchternd, aber nicht überraschend. Durch eine kleine Anfrage der Marburger Linken stellte sich heraus, dass in den letzten zehn Jahren die Stadt ganz freiwillig und ohne Not ihre städteplanerischen Vorhaben vertrauensvoll in die Hände von Investoren gelegt hat. Dass dies, auch wenn die Kosten für Bebauungspläne gespart werden, für die Bürgerinnen und Bürger einen Gewinn darstellt, darf bezweifelt werden. Denn zum Beispiel die neu gestaltete Nordstadt bekommt einen eindeutigen Stempel aufgedrückt. Diese Umgestaltung ist keineswegs mit den Bewohner/-innen abgestimmt.

Auch die geplante Wohnbebauung in der Neuen Kasseler Straße spült lediglich den ortsbekanntesten Schreyer Immobilien viel Geld in die Taschen, weil notwendiger und adäquater Wohnraum fehlt.

Sicherlich ändern sich die Vorstellungen, wie man gut wohnen kann, merklich. Auch die Bindung an ererbtes Wohneigentum lässt nach. Da sehen andere Bauträger ihre Chance. Diese sind aber in der Regel daran interessiert, die Einstiegskosten zu minimieren und möglichst hohe Gewinne herauszuwirtschaften. Das bedeutet, es wird gebaut auf Teufel komm raus.

Es ist städtebaulich bestimmt nicht immer zuträglich, wenn ständig weiter verdichtet wird. Deshalb hat die Marburger Linke einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung für einen Übersichtsplan gestellt, aus dem für alle Interessierten hervorgeht, wo welche Be-

bauungspläne gelten und wo nach Paragraph 34 des Baugesetzbuches gebaut werden darf. Eine wichtige Zielsetzung dabei ist, das bestehende Landschaftsbild zu erhalten und Grünstrukturen ebenso zu bewahren wie die historische Altstadt mit ihrer Bedeutung für das Gesamterscheinungsbild Marburgs.

Tanja Bauder-Wöhr

Fortsetzung von Seite 1

## Steuerparadies Marburg

Vaupel machte in seiner Haushaltsrede am 2. November aus der Not eine Tugend, indem er stolz verkündete, Marburg habe mit 370 Punkten den niedrigsten Gewerbesteuerhebesatz aller vergleichbaren Städte in Hessen. CDU-Fraktionsvorsitzender Philipp Stompfe setzte noch eins drauf, indem er forderte damit zu werben, ganz so als habe Marburg außer Steuerdumping nicht viel zu bieten. Die Behauptung des CSL-Geschäftsführers, in Deutschland gäbe es im Vergleich zu anderen Ländern „weit weniger Möglichkeiten bei der öffentlichen Förderung oder steuerlicher Begünstigung von privaten Investitionen“ wiederholte Stompfe. Er forderte von einer Erhöhung der Gewerbesteuer, wie sie die Marburger Linke beantragt hatte, abzusehen, da CSL

## Links wirkt

Erfolgreiche Initiativen der Marburger Linken in der Stadtverordnetenversammlung

### Langsam, aber sicher

Der Fortschritt ist eine Schnecke – aber immerhin. Jahre hat es gedauert, bis das Stadtparlament sich durchringen konnte, die Ortsbeiräte ein wenig ernster zu nehmen. Hatte sie bis dato kaum was zu sagen, so gibt ihnen eine neue Geschäftsordnung etwas mehr Spielraum. Dank der Marburger Linken. So können sie nun Anträge an den Magistrat stellen, müssen nicht nur wie bisher bitten. Der Ortsvorsteher kann in den Ausschüssen des Stadtparlaments Stellung nehmen. Und es gibt ein Budget, das die Stadtverordnetenversammlung allerdings beschließen muss.

### Naherholungsgebiet autofrei

Nachdem die Marburger Linke im Ortsbeirat als auch am Runden Tisch in Wehrda zum Thema Ver-

kehr Anfang 2012 Anträge zur Sperrung des Naherholungsgebietes „Alte Weinstraße“ für Kfz gestellt hatte, wurde dieser lange gehegte Wunsch vieler Marburger/-innen durch die Entscheidung des Oberbürgermeisters nun erfüllt (Foto). Für Fahrradfahrer und Spaziergänger sind die Wege seit kurzem autofrei, um die herrliche Natur dort gefahrlos und ohne Abgase und Lärm genießen zu können.



Foto: Johannes Linn

eine Branche, die auf Kosten der Krankenversicherten enorme Gewinne macht, unverschämte hoch. In der Gesamtwirtschaft liegt sie bei etwa 3 Prozent.

Beim Blick in den Geschäftsbericht des Mutterkonzerns CSL Ltd. wird auch deutlich, dass das Klagegeld über die Standortbedingungen nur dazu dient, die Stadt unter Druck zu setzen: Im Geschäftsjahr 2010/11 betrug der Steueranteil am Gewinn in Marburg 13,0 Prozent, an den anderen CSL-Standorten 25,9 Prozent.

Exorbitante Gewinne fährt nicht nur CSL ein. Die Niederlassung des

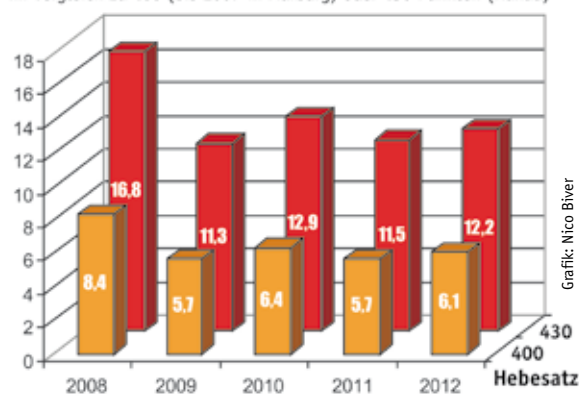
Schweizer Pharma-Riesen Novartis erzielte 2008 mit 152 Mio. Euro Gewinn, 38 Prozent Umsatzrendite. Die DVAG Holding der Pohl-Familie brachte es 2011 mit 263 Mio. Euro Gewinn auf 24 Prozent, die aber größtenteils in Frankfurt versteuert werden.

Im Vergleich dazu wären 12 Mio. Euro zusätzliche Gewerbesteuerentnahmen „peanuts“.

Nico Biver

### Marburger Steuergeschenke

Entgangene Gewerbesteuer beim jetzigen Hebesatz von 370 Punkten im Vergleich zu 400 (bis 2007 in Marburg) oder 430 Punkten (Hanau)



Grafik: Nico Biver

# Aus für Notdienste?

## Ärztliche Bereitschaftsdienste im Kreis vor Schließung

Die Sorgen um die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis reißen nicht ab: Nach den Problemen mit dem Klinikum droht nun Ungemach für den ärztlichen Notdienst auf dem Lande. In der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH) liegen Schließungspläne für die Ärztlichen Bereitschaftsdienste in Biedenkopf, Gladenbach und Stadtallendorf vor. Demnach sollen Menschen, die nachts oder am Wochenende medizinische Hilfe brauchen, aus dem gesamten Kreisgebiet nach Marburg-Wehrda in die Bereitschaftszentrale fahren.

Die KVH teilte auf Nachfrage mit, es seien die niedergelassenen Ärzte,

die die Schließungen wünschten; die Pläne seien von den Obmännern ausgearbeitet worden. Der Grund: Junge Ärzte würden sich nicht auf dem Lande niederlassen wollen, wenn sie sich um Notdienste kümmern müssten. Das Argument überrascht: Schließlich hatten sich die Niedergelassenen in Gladenbach und Biedenkopf gut mit dem Problem arrangiert: Sie finanzierten gemeinsam eigene Notdienstzentralen mit eigens dafür angestellten Medizinerinnen. Das kostete sie – so die Oberhessische Presse – 2.500 bis 4.000 Euro pro Jahr und Arzt, und sie waren die Sorge los. Was ist nun geschehen? Dazu wurde in der Oberhessischen Presse der KV-Ob-

man für Gladenbach, A. Baalbaki, zitiert: Die Vergütungsstruktur sei verändert worden und der Kostendruck gestiegen...

Und so geht es wieder einmal um Geld und um Kürzungspläne, welche auf Kosten der Patienten durchgesetzt werden sollen. Es sind insbesondere Alleinstehende und Menschen mit geringem Einkommen, die auf der Strecke bleiben – jene, die keine Hilfe von Angehörigen finden und kein Fahrzeug besitzen, um nachts den Arzt aufzusuchen.

Die Sprecherin der KVH, Petra Bendrich, verweist auf eine Lösung auch für diese Patienten: Für alle nicht ausreichend mobilen Menschen werde die Versorgung durch die ergänzenden Hausbesuchsdienste des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes verbessert. Das klingt hoffnungsvoll – doch wie-

viele Ärzte werden dafür zur Verfügung stehen? Mit zwei oder drei Ärzten ist es bestimmt nicht getan.

DIE LINKE stellte im März 2012 im Kreistag einen Antrag, die Gründung dezentraler, von öffentlicher Hand betriebener Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) zu prüfen. In solchen Zentren könnten angestellte Ärzte tätig sein – mit geregelten Arbeitszeiten, gesichertem Einkommen, ohne Budgetdruck oder Regressionsdrohungen. Junge Ärztinnen und Ärzte mit Familie und Wunsch nach mehr Freizeit würden sich von so einem Modell sicher angesprochen fühlen. Und die Bürger hätten wieder Sicherheit, im Erkrankungsfall jederzeit wohnortnah medizinische Hilfe zu finden. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. *Ingeborg Cernaj*

# Finger weg vom Fracking!

## Umweltfeindliche Gask Gewinnung droht auch im Kreis



▲ Wie auf dem Bild in NRW unterstützt DIE LINKE bundesweit Aktionen gegen Fracking

Als Fracking wird ein neues Verfahren bezeichnet, bei welchem Erdgas aus großen Tiefen mit Wasser unter hohem Druck herausgepresst wird. Die Risiken und Nebenwirkungen sind erheblich.

Als im Herbst 2011 DIE LINKE eine kleine Anfrage zum Fracking stellte, hieß es, dies sei im Landkreis Marburg-Biedenkopf nicht relevant. Doch im Frühjahr 2012 standen die Investoren schon auf der Matte: Sie wollen Probebohrungen auch hierzulande durchsetzen.

Die Bürger des Lahntals waren

die Ersten, die sich gegen die drohende Fracking-Gefahr wehrten; Widerstand regt sich auch in Wetter und in Kirchhain – nach dem Motto: Wer sich als Letzter wehrt, wird als Erster leiden.

Dass die Skeptiker Recht haben könnten, bestätigt der Abschlussbericht einer Expertenkommission vom April 2012, in Auftrag gegeben von ExxonMobil. Hier die wichtigsten Erkenntnisse:

Pro Standort werden mindestens fünf Bohrplätze angelegt; sie bleiben 20–30 Jahre in Betrieb und beanspruchen ca. 5 Hektar Land.

Während der 14monatigen Bohrphase müssen Anwohner mit Lärm, Erschütterungen und Dieselabgasen leben. Hinzu kommt verstärkter Verkehr – rund 3.000 Lkws kamen das Material heran.

Pro Bohrloch werden etwa 20.000 Kubikmeter Wasser aus der öffentlichen Trinkwasserversorgung entnommen, mit bis zu 150 teils gefährlichen Chemikalien versetzt und mit einem Druck von bis zu 1.000 bar in eine Tiefe von 1.000 Metern gepresst. Anschließend muss das Spülwasser als Sondermüll entsorgt werden.

Allein der normale Frackingbetrieb ist dazu geeignet, die durch Bohrtürme zersiedelte Landschaft nicht nur für Touristen unattraktiv zu machen; auch der Wert von Eigenheimen sinkt.

Doch da bleiben noch die Gefahren – von kleinen Lecks in den Rohren, durch die das chemikalienversetzte Wasser in die Umwelt und in das Grundwasser gelangen kann, bis hin zum Blow-out, wenn die gesamte Bohrspülung aus dem Loch herausgeschleudert wird und das Gas Feuer fängt. Dies geschah in den USA allein in einem Jahr 127mal. Auch über durch Fracking ausgelöste Erdbeben wurde bereits berichtet.

Und der Vorteil der Geschichte? Geldströme in Form von Steuereinnahmen – am ehesten wohl aber für ExxonMobil. *Ingeborg Cernaj*

## Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. Käte-Dinnebier-Saal DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg Eingang rechte Hausseite

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke, Fraktion und Liste**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, mittwochs, 19.00 Uhr

**SDS.dielinke**  
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

► die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr [www.sds-marburg.de](http://www.sds-marburg.de)

## Impressum

# Paroli

**Herausgeber:** DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

**Redaktion:** Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

**Layout:** Nico Biver

**Redaktionsschluss:** 13.12.2012

## Kontakt

**DIE LINKE Marburg-Biedenkopf**  
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg  
Tel. 06421-163873, Fax 175618  
[info@die-linke-marburg.de](mailto:info@die-linke-marburg.de)  
[www.die-linke-marburg.de](http://www.die-linke-marburg.de)

## Das Letzte

## Sozialeres Wohnen mit der Opposition

Der alte SPD-General Franz Münterfering hat einst gespottet, Opposition sei Mist. Von wegen. Nehmen wir zum Beispiel das Thema Wohnen. Seit einigen Monaten wird eifrig über die Wohnungsfrage diskutiert. Bezahlbarer Wohnraum ist in Marburg Mangelware. Die lokale Agenda-Gruppe, soziale und studentische Initiativen haben mehrfach hartnäckig auf die Misere hingewiesen. Sichtlich verschnupft zeigte der Magistrat, der bisher auf die Behebung des Wohnungsmangels durch Privatinvestoren vertraut hatte. Er zeigte mit dem Finger auf Berlin und Wiesbaden, die das Problem verursacht hätten.

Im Grundsatz mit der Kritik an Politik in Bund und Land einverstanden, wollte sich die Fraktion Marburger Linke damit nicht zufrieden geben. Mehrere wohnungspolitische Anträge wurden in das Stadtparlament eingebracht. Das Ergebnis: Ein Runder Tisch zum Thema „Preiswerter Wohnraum“ soll eingerichtet und die Installation von Mieter/-innenbeiräten bei der GeWoBau angegangen werden. Beide Anträge wurden mit den Stimmen von SPD, Grünen und Marburger Linken beschlossen.

Nun möchte Rot-Grün sogar 1,5 Mio. Euro im städtischen Haushalt zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus bereitstellen. Die Pläne der Koalition sind kein großer Wurf, aber ein erster Schritt. Vorher hatte die Linke 1000 neue Sozialwohnungen bis 2018 gefordert, finanziert durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Forderung nach einer Sozialquote, die Privatinvestoren verpflichten würde, bei Bauvorhaben eine bestimmte Anzahl von Sozialwohnungen zu schaffen, wird von der Mehrheit bisher vehement abgelehnt. Aber auch hier bleiben die Marburger Linken beharrlich.

Veränderung beginnt mit Opposition. *Jan Schalauske*

## Der Stein kommt weg

Trotz Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg (StVV) wollte oder konnte der Magistrat den umstrittenen Gedenkstein an „heldenhafte Taten“ zu Kaisers Zeiten in Bortshausen nicht abbauen lassen. Das Hessische Innenministerium und der Regierungspräsident in Gießen bereiten dem Spuk ein Ende und stellen unmissverständlich fest: Der Stein muss weg.

Sah es zunächst danach aus, dass weder ein Beschluss der StVV noch Proteste von Bürger/-innen den Stein beseitigen können, hat sich die Lage in Bortshausen grundsätzlich geändert.

Eine Petition an den Hessischen Landtag bringt den Stein, nein nicht ins Rollen, sondern ins Wanken. Anders als die Marburger Stadtverwaltung prüfte das Hes-

sische Innenministerium sorgfältig die rechtlichen Grundlagen für das Aufstellen eines Denkmals an dem umstrittenen Ort. Fazit: Der Flächennutzungsplan lässt das Denkmal in einem Kleingarten in Bortshausen nicht zu. Dass ausgerechnet ein „Kleingartengesetz“ den ordnungsliebenden Kameraden der Marburger Jäger ihr Denkmal wegschafft, entbehrt nicht einer gewissen Komik.



Foto: Nico Biver

dauerns der „Traditionspflege“ an die Hinterbliebenen der Opfer von Nationalismus und Militarismus. *Hajo Zeller*

## Keine „Patriots“ in die Türkei!

Mehrere deutsche Patriot-Raketensysteme sollen nach Wunsch der türkischen Regierung an der Grenze zu Syrien stationiert werden. Ankara möchte sich vor einer vermeintlichen Bedrohung durch Syrien schützen und bei der NATO um Beistand angefragt. Bis zu 160 deutsche Soldaten sollen nach Willen des Verteidigungsministeriums in die Türkei. Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag lehnt DIE LINKE diesen Einsatz ab.

In ihrem Erfurter Parteipro-

gramm hat die Partei unmissverständlich festgestellt: „Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik.“ Im Falle einer Raketenstationierung wäre die Gefahr groß, dass die Türkei und Deutschland in den syrischen Bürgerkrieg hineingezogen werden. Wolfgang Gehrcke, hessischer Bundestagsabgeordnete, analysiert: „Die Begründungen aus der Türkei und der NATO für die mögliche Stationierung der Raketen sind falsch und sollen eine Situation vortäuschen,

die real nicht vorhanden ist. Syrien ist nicht in der Lage und es ist auch nicht syrische Politik, die Türkei anzugreifen.“ Für den hessischen Abgeordneten sind einzig und allein ein Waffenstillstand und ein Verbot von Waffenlieferungen an alle Kriegsparteien die Mittel, um die Situation wenigstens zu beruhigen. *Jan Schalauske*

### Spenden für 2013

## Steuerroase DIE LINKE

Andere Parteien bekommen Zuwendungen vom Pohl-Imperium. Sie haben sie sich verdient. DIE LINKE lehnt Konzernspenden ab.

Um die Wahlkämpfe 2013 erfolgreich bestehen zu können, bitten wir deshalb unsere Wähler/-innen bis zum 31.12. um eine Spende.

Wer die Spendenbescheinigung mit der Steuererklärung beim Finanzamt einreicht, dessen Einkommenssteuer 2012 verringert sich um die Hälfte der Spende (bis 1.650 Euro).

### Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf  
Konto-Nr.: 176 239 07  
Volksbank Mittelhessen  
(BLZ 513 900 00)



Foto: Nico Biver

▲ Auf ihrem Kreisparteitag am 17. November hat DIE LINKE einen neuen Vorstand gewählt: Adnan Yildirim, Sigurd Maier, Inge Sturm, Sven Boehnke, Cigdem Kaya, Jan Schalauske (Vorsitz.), Birgit Schäfer-Biver (Vorsitz.), Ingeborg Cernaj, Heidi Hoffmann, Dieter Kloszowski, Sebastian Chwala (v.l.n.r.). Nicht im Bild: Andrea Sollwedel.